

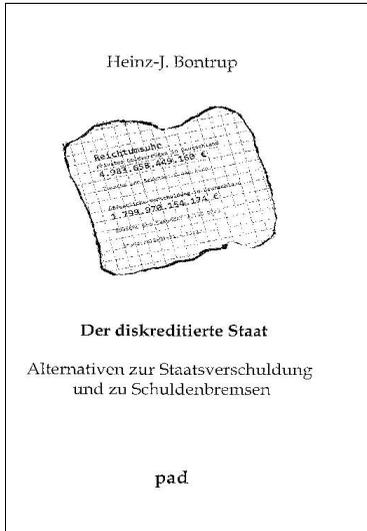
aus unserem Programm:

Heinz-J. Bontrup

Der diskreditierte Staat. Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen

75 Seiten, 5 Euro

Inhalt: Einleitung und Problemaufriss - Allgemeine neoliberale Doktrin gegen den Staat - Echte und unechte Staatsquoten differenzieren - Der Staat ist in Deutschland chronisch unterfinanziert - Staatsverschuldung und ihre Fehlinterpretationen - Den Schulden steht immer gleichviel Vermögen gegenüber - Auch das Ausland hilft letztlich nicht - Rettungsschirme und Eurobonds greifen zu kurz - Alternativen sind überfällig



„Der seit Mitte der 1970er Jahre immer mehr geführte massive Angriff auf den Staat, genauer gesagt auf den verfassungsrechtlich verankerten Sozialstaat, und seine Verschuldung, wird von neoliberalen Interessenvertretern geschickt geführt. Sie nutzen ein allgemein in der Gesellschaft bestehendes (gesundes) Misstrauen gegen staatliche Obrigkeit und womöglich auftretender staatlicher Verschwendungssucht aus, die die Bürger mit hohen Steuern und Abgaben zu finanzieren haben und/oder in Staatsverschuldung münden. Der Staat wird hier in Verbindung mit Bürokratie, Gängelung und privater Freiheitseinschränkung gebracht. So verfängt sich in der breiten Bevölkerung – schichtenübergreifend – leicht der Eindruck, dass die Staatsquote zu hoch und der Privatisierungsgrad zu niedrig sei oder der Staat sich auf Kosten zukünftiger Generationen verschulde. Dies machen sich neoliberale Apologeten und Ideologen zu Eigen und rufen populistisch nach einer Entbürokratisierung sowie nach Steuer- und Abgabensenkungen.“ (Heinz-J. Bontrup)

Die vorliegende Veröffentlichung ist eine wichtige Hilfe zur aktuellen Auseinandersetzung um Schuldenbremsen und der staatlichen Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben. Sie analysiert und kritisiert die ideologischen Positionen vor allem jener, die keinerlei staatlicher Absicherung und Einkommensumverteilung bedürfen um in Wohlstand und Sicherheit zu leben.

Der Beitrag war im Wesentlichen die Grundlage für den Autor in Anhörungen als Sachverständiger im Landtag von Nordrhein-Westfalen und im Niedersächsischen Landtag zur geplanten gesetzlichen Verankerung einer „Schuldenbremse“ in den jeweiligen Landesverfassungen.